



- Boers, K./Reinecke, J. (2007): Delinquenz im Jugendalter. Erkenntnisse einer Münsteraner Längsschnittstudie. Münster: Waxmann.
- Bollnow, O.F. (1963): Mensch und Raum. Stuttgart.
- Bühlmann, Marc/Freitag, Markus (2004): Individuelle und kontextuelle Determinanten der Teilhabe an Sozialkapital. Eine Mehrebenenanalyse zu den Bedingungen des Engagements in Freiwilligenorganisationen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 56, 2: 326-349.
- Bullen, Nina/Jones, Kelvyn/Duncan, Craig (1994): Modelling Complexity: Analysing Between Individual and Between-place Variation: A Multilevel Tutorial. Mimeo. Portsmouth: University of Portsmouth (Department of Geography).
- Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestags-Drucksache 14/8900.
- Ditton, Hartmut (1998): Mehrebenenanalyse: Grundlagen und Anwendungen des Hierarchisch Linearen Modells. Weinheim und München: Juventa Verlag.
- Häder, Sabine (1994): Auswahlverfahren bei Telefonumfragen. ZUMA-Arbeitsbericht 1994/03. Mannheim.
- Häder, Sabine (2000): Telefonstichproben. ZUMA How-to-Reihe 6. Mannheim.
- Hox, Joop (1995): Applied Multilevel Analysis. Amsterdam: TT-Publikaties. Online unter: <http://www.geocities.com/joophox/publist/amaboek.pdf> (Stand 10.8.2008)
- Hox, Joop (2002): Multilevel Analysis. Techniques and Applications. Lawrence Erlbaum Associates: Mahwah, New Jersey.
- Ipsen, D. (1987): Raumbilder. Zum Verhältnis des ökonomischen und kulturellen Raumes. In: Prigge, W. (Hrsg.): Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch. S. 139-152. Basel/Boston.
- Johnston, Ron J. (1987): The Geography of the Working Class and the Geography of the Labour Vote in England, 1983. Political Geography Quarterly 6: 7-16.
- Läpple, D. (1991): Gesellschaftszentriertes Raumkonzept. Zur Überwindung von physikalisch-mathematischer Raumauffassung in der Gesellschaftsanalyse. In: Wentz, M. (Hrsg.): Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen. Band 2. S. 35-46. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Lüdemann, C. (2006): Kriminalitätsfurcht im urbanen Raum. Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten verschiedener Dimensionen von Kriminalitätsfurcht. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 58. 2: 285-306.
- McAllister, Ian (1987): Social Context, Turnout and the Vote: Australian and British Comparisons. Political Geography Quarterly 6: 17-30.
- Oberwittler, Dietrich (2003): Das stadtviertel- und gemeindebezogene Stichprobendesign – Anlage und empirische Ergebnisse. In: Arbeitspapiere Nr. 9. Freiburg: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht Freiburg im Breisgau.
- Oberwittler, Dietrich (2003a): Die Messung und Qualitätskontrolle kontextbezogener Befragungsdaten mithilfe der Mehrebenenanalyse – am Beispiel des Sozialkapitals von Stadtvierteln. ZA-Information 53: 11-41.
- Oberwittler, Dietrich/Blank, Thomas/Köllisch, Tilman/Naplava, Thomas (2001): Soziale Lebenslagen und Delinquenz von Jugendlichen. Ergebnisse der MPI-Schulbefragung 1999 in Freiburg und Köln. In: Arbeitsberichte 1/2001. Freiburg: Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht Freiburg im Breisgau.
- Oberwittler, Dietrich/Wikström, Per-Olof H. (im Druck): How small should you go? Advancing the study of the role of behavioral contexts in crime causation. In: Weisburd, D./Bruisma, G./Bernasco, W. (Hrsg.): Putting Crime in its Place. New York: Springer.
- Sampson, Robert J./Douglas, Mc Adam/MacIndoe, Heather/Weffer-Elizondo, Simón (2005): Civil Society Reconsidered: The Durable Nature and Community Structure of Collective Civic Action. American Journal of Sociology 111: 673-714.
- Schofer, Evan/Fourcade-Gourinchas, Marion (2001): The Structural Contexts of Civic Engagement. Voluntary Association Membership in Comparative Perspective. American Sociological Review 66: 806-828.

Dr. Matthias Sauter

## Integration und Engagement bei jugendlichen Migranten – Rahmenbedingungen und Handlungsempfehlungen

**Die Integrationsförderung bei Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte durch bürgerschaftliches Engagement bildete das Thema einer Studie, die das Institut für Stadtteilentwicklung und Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen Anfang 2008 für die Ehrenamt Agentur Essen erstellt hat. Ziel war die Erarbeitung von Grundlageninformationen, die für die Entwicklung eines entsprechenden Pilotpro-**

**jekts in einem benachteiligten Essener Stadtteil genutzt werden können.<sup>1</sup> Die wichtigsten Befunde der Studie, die demnächst bei der Stiftung Mitarbeit erscheinen wird, sind in diesem Beitrag zusammenfassend dargestellt.**

<sup>1</sup> Die Finanzierung der Studie wurde über eine Zuwendung des Ministeriums für Gesundheit, Familien, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen ermöglicht.



Die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund<sup>2</sup> – im Folgenden sprachlich vereinfachend als „Migranten“ bezeichnet – am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben in Deutschland zählt zu den Schlüsselaufgaben von Politik und Gesellschaft (vgl. Die Bundesregierung, 2007; Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“, 2005). Integrationspolitik ist deshalb – wie dies auf der Homepage des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen zu Recht betont wird – „weit mehr als Politik für und mit Zugewanderten. Sie ist eine Politik, die sich an die gesamte Gesellschaft wendet und auf Partizipation und Chancengleichheit ausgerichtet ist“ ([www.integration.nrw.de/Grundlagen/Politik/index.php](http://www.integration.nrw.de/Grundlagen/Politik/index.php); abgerufen am 27.03.08).

Eine entscheidende Voraussetzung und zugleich ein wesentlicher Erfolgsindikator für ein derart umfassendes Integrationsverständnis ist die Bereitschaft und die Fähigkeit der Migranten zu bürgerschaftlichem (freiwilligem) Engagement in Initiativen, Vereinen, Verbänden und sozialen Organisationen. „Freiwilliges Engagement ist einer der wichtigsten Bestandteile einer funktionierenden Gesellschaft. Zugleich ist Teilhabe von Migranten an unterschiedlichen Formen freiwilligen Engagements ein wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Integration, ebenso wie ethnische Selbstorganisation einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung der kulturellen Identität im Integrationsprozess leisten kann.“ (Halm/Sauer 2005, S. 2; vgl. dazu auch Beer 2007; Bestmann/Strassburger/Ucan 2007; Schwarze 2008)

In ganz besonderem Maße gilt dies für die Gruppe der jugendlichen Migranten, denn erfahrungsgemäß werden die Weichen für ein solches Engagement in der Regel bereits in jungen Jahren gestellt (vgl. Deutsches Kinderhilfswerk 2007). In der Praxis zeigt sich allerdings, dass die Engagementquote gerade bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich geringer ausfällt als bei ihren Altersgenossen ohne Migrationshintergrund. Der Freiwilligensurvey 2004 nennt hier z.B. Werte von 22% gegenüber 38% (vgl. Gensicke/Picot/Geiss 2006, S. 323). Aufgrund der besseren sozialen Einbindung der befragten Migranten des Surveys gegenüber der Gesamtgruppe der Migranten in Deutschland dürften diese 22% sogar noch erheblich zu hoch liegen. Dies zeigt sich u.a. daran, dass das Zentrum für Türkeistudien in einer analog aufgebauten Untersuchung für die Gruppe der türkeistämmigen Jugendlichen lediglich eine Engagementbeteiligung von 5% errechnet hat (vgl. Halm/Sauer 2005, S. 4). Der De-facto-Wert für das freiwillige Engagement von jugendlichen Migranten in Deutschland dürfte deshalb weit unterhalb der 22% des Freiwilligensurveys anzusiedeln sein.

<sup>2</sup> „Bei den Personen mit Migrationshintergrund handelt es sich um solche, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil. Dies bedeutet, dass in Deutschland geborene Deutsche einen Migrationshintergrund haben können, sei es als Kinder von Spätaussiedlern, als Kinder ausländischer Elternpaare (so genannte »ius soli-Kinder«) oder als Deutsche mit einseitigem Migrationshintergrund.“ (Statistisches Bundesamt 2007, S. 31)

## Ursachen für die geringere Engagementbeteiligung bei jugendlichen Migranten

Als zentraler Erklärungsfaktor für dieses geringere Engagement wird in der Fachdebatte übereinstimmend der im Durchschnitt weitaus niedrigere Bildungs- und Sozialstatus von jugendlichen Migranten und deren Eltern angeführt (vgl. u.a. Braun 2007, S. 4; BMGS 2005, S. 187; Gensicke/Picot/Geiss 2006, S. 197; Shell Deutschland 2006, S. 122-124). Angesichts fehlender Schulabschlüsse, Ausbildungsplätze und/oder Arbeitsmöglichkeiten haben die betroffenen Jugendlichen ganz offensichtlich andere Sorgen und Anliegen, als sich bürgerschaftlich zu engagieren.

Viele Jugendliche mit Migrationshintergrund – und hier insbesondere viele muslimische Jugendliche – haben außerdem ein anderes Engagementverständnis als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Zum einen kennen sie den Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ aus ihrem eigenen kulturellen Herkunftskontext oftmals nicht. Für sie ist der Begriff dann lediglich ein Synonym für eine wenig attraktive „Arbeit ohne Bezahlung“. Zum anderen übernehmen sie häufig umfangreiche Aufgaben in familiären und nachbarschaftlichen Kontexten, ohne dies explizit als Engagement zu bezeichnen oder zu verstehen. Dieses „verborgene“ Engagement wird in der Mehrheitsgesellschaft allerdings nur selten wahrgenommen und anerkannt. Gleichzeitig haben die betroffenen Jugendlichen aber gerade wegen solcher sozialen Verpflichtungen sehr viel weniger Zeit für ein darüber hinausgehendes gemeinwohlorientiertes Engagement als Jugendliche ohne Migrationshintergrund.

Eine weitere Erklärung für die unterdurchschnittliche Engagementbeteiligung von jugendlichen Migranten ist darin zu sehen, dass sie die verschiedenen Engagementmöglichkeiten und die Organisationen, die solche Angebote bereithalten oder vermitteln (Wohlfahrtsverbände, Freiwilligenagenturen etc.), nur selten kennen. Hinzu kommt, dass die Organisationen oftmals nicht anschlussfähig und niedrighschwellig genug für Jugendliche mit Migrationshintergrund sind, weil sie bislang keinen interkulturellen Öffnungs- und Qualifizierungsprozess vollzogen haben – ganz abgesehen davon, dass ihre formellen Strukturen und Regelsysteme (Hierarchien, Verträge, verbindliche Arbeitszeitregelungen etc.) auf viele engagementwillige Jugendliche eher abschreckend wirken.

## Engagementförderung bei jugendlichen Migranten

Trotz dieser Hemmnisse und Defizite gelingt es in der Praxis immer wieder, Projekte zu entwickeln, bei denen das bürgerschaftliche (freiwillige) Engagement von jugendlichen Migranten – zumeist auf der Ebene von Stadtteilen und Wohnquartieren – erfolgreich gestärkt werden kann (vgl. dazu u.a. Beer 2007; Huth 2007; Strassburger/Bestmann 2007). Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die o.g. spezifischen sozioökonomischen und



ethnisch-kulturellen Faktoren berücksichtigt werden, die die Engagementbereitschaft dieser Jugendlichen prägen. Unter bürgerschaftlichem Engagement sollte deshalb ein Engagement verstanden werden, das ausdrücklich auch auf die eigene ethnische Gemeinschaft bezogen sein kann, soweit es der Erschließung und Förderung von lokalen Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten dient (vgl. Huth 2006, S. 282). Aus dieser Besonderheit wiederum ergibt sich die Notwendigkeit, bei engagementfördernden Aktivitäten systematisch mit den Migrantenselbstorganisationen (Elternvereine, Kulturvereine, Moscheevereine etc.) zu kooperieren, denn diese verfügen über niedrigschwellige und lebensweltnahe Zugänge zu ihren Mitgliedern.

Die Kontaktaufnahme zu jugendlichen Migranten kann zudem dadurch erleichtert werden, dass die Eltern in geeigneter Weise (z.B. in deren Vereinen) über die möglichen Engagementfelder und Trägerorganisationen informiert werden. Wichtige Ansprechpartner sind hier auch bürgerschaftlich aktive Bewohner, örtliche Multiplikatoren (Lehrer, Imame, Sozialarbeiter etc.) und sonstige Schlüsselpersonen, die das Vertrauen der Jugendlichen genießen. Dies ist umso wichtiger, als freiwilliges Engagement mehrheitlich nicht aufgrund eigener Initiative entsteht, sondern von außen, z.B. durch Freunde oder Bekannte, angestoßen wird. Die bereits zitierte Untersuchung des Zentrums für Türkeistudien zeigt beispielsweise, dass nur ein Fünftel (19%) der türkeistämmigen Engagierten (alle Altersgruppen) von selbst aktiv wurde, um ihre derzeitige Aufgabe zu übernehmen, während nahezu zwei Drittel (62%) von ihnen dafür extern geworben wurden (vgl. Halm/Sauer 2005, S. 106).

Soweit irgend möglich, sollten engagementfördernde Projekte allerdings nationalitätenübergreifend angelegt sein, da ausschließlich auf Migranten bezogene Maßnahmen Gefahr laufen, eine (zusätzliche) stigmatisierende Wirkung für die betroffenen Gruppen zu entfalten. Deshalb sollte die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Akteure „auf den gesamten Stadtteil und die gesamte Wohnbevölkerung gerichtet werden. Lediglich bei Problemlagen, die eindeutig nur die ausländische Wohnbevölkerung betreffen, wird in ausländer-spezifischen Gruppen gearbeitet“ (Hinte 2001, S. 39). Auch sollten bei den Projekten grundsätzlich die Stärken und Ressourcen der beteiligten Menschen und der jeweiligen Stadtteile im Vordergrund stehen und nicht deren Schwächen und Defizite, denn nur auf diese Weise kann es gelingen, die Motivation, das Selbstbewusstsein und die Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen nachhaltig zu stärken.

Projekte zur Engagementförderung bei Jugendlichen (mit und ohne Migrationshintergrund) sollten zudem immer an den Interessen der Jugendlichen anknüpfen und auf deren Bereitschaft aufbauen, sich für die Verwirklichung dieser Interessen aktiv einzusetzen. Jugendliche wollen durch ihr Engagement z.B. Spaß haben, Zeit mit anderen Jugendlichen verbringen, ihre Freizeit gestalten, etwas Sinnvolles tun, gebraucht werden, etwas Neues lernen, Hoffnung schöpfen oder Anerkennung erhalten. Und

manchmal suchen sie einfach nur einen Zufluchtsort vor den Widrigkeiten des Alltags. Ziel der Projekte sollte es daher sein, dass die Jugendlichen durch ihr Engagement vor allem etwas für sich selber tun („Hilfe zur Selbsthilfe“) und dadurch ggf. – soweit möglich und sinnvoll – auch anderen helfen.

Eine unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg von engagementfördernden Projekten besteht auch darin, dass die Aktivitäten auf Freiwilligkeit beruhen, denn nur dann haben die Jugendlichen die Möglichkeit, ihre eigenen Interessen zu erkennen und zu entwickeln. Politik tendiert hingegen häufig zu einer funktionalisierenden Sichtweise, indem sie etwa verlangt, dass durch die Projekte die Ausbildungs- und Berufschancen der Jugendlichen verbessert werden sollen. Dies kann zwar durchaus eine willkommene Nebenfolge des Engagements sein, indem die Jugendlichen z.B. eine Bescheinigung erhalten, die sie für Bewerbungen nutzen können, oder indem sie im Rahmen ihrer Aktivitäten das Moderieren lernen. Der Hauptzweck der Projekte sollte aber in jedem Fall darin liegen, das selbstbestimmte Engagement der Jugendlichen zu stärken.

## Voraussetzungen für die Engagementförderung bei jugendlichen Migranten

Darüber hinaus belegen die Erfahrungen, dass für die Engagementförderung in benachteiligten Stadtgebieten eine explizite Sozialraum- und Lebensweltnähe unerlässlich ist – nicht zuletzt, weil viele der dort lebenden Jugendlichen aus finanziellen Gründen in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Aus diesem Grund sollten die betreffenden Organisationen (Freiwillige Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Rotes Kreuz, Freiwilligenagenturen etc.) aktiv in diese Stadtteile gehen und die Jugendlichen gezielt ansprechen – in ihren Gruppen, an ihren Orten (z.B. Einkaufszentren) und in ihren Einrichtungen. Notwendig sind in diesem Zusammenhang auch innovative und lebensweltnahe Werbestrategien für die Angebote, denn die klassischen Werbemedien (Poster, Flyer etc.) werden gerade von diesen Jugendlichen nur sehr begrenzt wahrgenommen. Aber auch die engagementfördernden Projekte selbst sollten niedrigschwellig sein und zudem möglichst an lokale Träger und Einrichtungen andocken, da diese oftmals über Räumlichkeiten verfügen, die von engagementwilligen Jugendlichen genutzt werden könnten.

Unabhängig von diesen organisatorischen Voraussetzungen erfordern Engagementprojekte für benachteiligte Jugendliche (mit und ohne Migrationshintergrund) i.d.R. eine professionelle Unterstützung und Begleitung durch sozialpädagogisch geschulte Fachkräfte (z.B. im Rahmen der offenen Jugendarbeit), weil diese Jugendlichen aufgrund ihrer prekären Lebensbedingungen häufiger Schwierigkeiten mit geregelten und verbindlichen Aktivitäten haben als andere Jugendliche. Die engagementfördernden und -vermittelnden Organisationen sollten ihre Projekte deshalb in Kooperation mit örtlichen Trägern der sozialen Arbeit und mit anderen vor Ort etablierten Akteuren entwickeln und



durchführen, die bereits in Kontakt mit den Jugendlichen stehen (Schulen, Jugendzentren, Moscheevereinen, Kirchengemeinden, Wohnungsgesellschaften etc.). Wichtig ist dabei auch, die diesbezüglichen Aktivitäten systematisch in die lokalen Netzwerk- und Kooperationsstrukturen einzubinden, um isolierte Aktionen zu vermeiden, die in Konkurrenz zu den bestehenden Angeboten der lokalen Akteure – z.B. der offenen Jugendarbeit und der RAA<sup>3</sup> – treten könnten.

Auf Dauer werden solche Projekte bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund allerdings nur dann Akzeptanz finden, wenn die beteiligten Organisationen und Einrichtungen einen grundlegenden interkulturellen Lern- und Öffnungsprozess durchlaufen. Dazu gehört zum einen die Bereitschaft und Fähigkeit, einen kultursensiblen und ggf. auch muttersprachlichen Zugang zu den Jugendlichen zu suchen (z.B. durch die Einbindung von lokalen Multiplikatoren mit entsprechenden Qualifikationen), und zum anderen der Wille, verstärkt Personal einzustellen, das selbst Migrationshintergrund hat. In der hier skizzierten Kombination von Sozialraumorientierung und interkultureller Öffnung liegt für die beteiligten Organisationen und Akteure ein zentraler Schlüssel für die erfolgreiche Förderung des freiwilligen Engagements von jugendlichen Migranten.

Dr. Matthias Sauter

Institut für Stadtteilentwicklung und Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen

### Quellen:

Beer, Ingeborg (2007): „Integration“ heißt gleichberechtigte Teilhabe an der Stadt, Segregierte Quartiere brauchen vielfältige Netze und Brücken; in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 5/2007, S. 252-254.

Bestmann, Stefan/Straßburger, Gaby/Ucan, Meryem (2007): Gibt's das überhaupt? Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen; in: Sozial Extra, Nr. 11-12/2007, S. 40-43.

BMGS – Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hg.) (2005): Lebenslagen in Deutschland, Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.

Braun, Sebastian (2007): Sozialintegrative Potenziale bürgerschaftlichen Engagements für Jugendliche in Deutschland, Expertise zum Carl Bertelsmann-Preis 2007, Gütersloh.

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hg.) (2007): Vita gesellschaftlichen Engagements, Eine Studie zum Zusammenhang zwischen früher Beteiligung und dem Engagement bis zum Erwachsenenalter, Berlin.

Die Bundesregierung / Presse- und Informationsamt (Hg.) (2007): Der Nationale Integrationsplan, Neue Wege – Neue Chancen, Berlin.

Fehren, Oliver (2006): Gemeinwesenarbeit als intermediäre Instanz: emanzipatorisch oder herrschaftsstabilisierend? in: Neue Praxis 6/2006, S. 575-595.

Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004, Ergebnisse der repräsentativen

Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement (Hg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Wiesbaden.

Halm, Dirk/Sauer, Martina (2005): Freiwilliges Engagement von Türiinnen und Türiken in Deutschland (Hg.: Stiftung Zentrum für Türikestudien; im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Essen.

Hinte, Wolfgang (2006): Geschichte, Quellen und Prinzipien des Fachkonzepts „Sozialraumorientierung“ (Einleitung); in: Budde, Wolfgang; Früchtel, Frank; Hinte, Wolfgang (Hg.) (2006): Sozialraumorientierung, Wiesbaden, S. 7-23.

Hinte, Wolfgang (2001): Stadtteilbezogene Arbeit in multiethnischen Wohnquartieren; in: Verein Jugendzentren der Stadt Wien (Hg.) (2001): inter.jugend.kult. Anforderungen an die Jugendarbeit in der multikulturellen Gesellschaft, Wien, S. 35-58.

Huth, Susanne (2006): Bürgerschaftliches Engagement als Lernort und Weg zur sozialen Integration; in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 3+4/2006, Weinheim, S. 280-291.

Huth, Susanne (2007): Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten; in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 4/2007, S. 203-206.

ISSAB – Institut für Stadtteilentwicklung und Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung der Universität Duisburg-Essen (Hg.) (2008): Förderung der Integration durch bürgerschaftliches Engagement bei Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte, Explorative Studie zur Vorbereitung eines Pilotprojekts in Essen-Katernberg (Bearbeitung: Oliver Fehren und Matthias Sauter), Essen.

Sauter, Matthias (2006): Mobilisierung von Bewohnerengagement im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“: Anspruch und Wirklichkeit; in: Selle, Klaus (Hg.) (2006): Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung – Analysen, Erfahrungen, Folgerungen (Planung neu denken, Bd. 2), Dortmund, S. 318-330.

Schwarze, Antje (2008): Kommunale Ansätze zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Migranten; Engagement sichtbar machen und gezielt unterstützen; in: vhw Forum Wohneigentum, Heft 3/2008, S. 152-157.

Shell Deutschland (Hg.) (2006): Jugend 2006, Eine pragmatische Generation unter Druck, 15. Shell-Jugendstudie, Frankfurt am Main.

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2007): Statistisches Jahrbuch 2007 für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.

Straßburger, Gaby/Bestmann, Stefan (2008): Praxishandbuch für sozialraumorientierte interkulturelle Arbeit (Hg.: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin), Berlin.

Verbundpartner „Zuwanderer in der Stadt“ (Hg.) (2005): Zuwanderer in der Stadt, Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik (Verbundpartner: Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik, Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum), Darmstadt.

<sup>3</sup> In Nordrhein-Westfalen steht das Kürzel RAA für „Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ (vgl. [www.raa.de](http://www.raa.de)).